

Trotz Protest & gegen die Stimmen der LINKEN: **SWSG-Mieten steigen 2022**

*Trotz des Protests vieler Mieter*innen sollen die Mieten der städtischen SWSG ab Juli 2022 um bis zu 6 % steigen. Das beschlossen Politiker von Grünen, CDU, AfD, FDP und Freien Wählern im Aufsichtsrat. DIE LINKE stimmte dagegen. Der Protest hat trotzdem etwas gebracht: Ursprünglich wollte die SWSG noch stärker erhöhen. DIE LINKE kämpft weiter gemeinsam mit den Mieter*innen für bezahlbares Wohnen. Wir unterstützen gerne bei der Prüfung der Mieterhöhungsschreiben. (Kontakt: info@die-linke-stuttgart.de)*

Stuttgart ist eine der Städte mit den teuersten Mieten in Deutschland. Mieter*innen mit kleinen Einkommen geben oft über die Hälfte davon für das Wohnen aus: ein unhaltbarer Zustand! Bezogen auf Durchschnittsmieten ist



von **Katharina Lenhardt**
Kreisvorsitzende
DIE LINKE. Stuttgart

die SWSG eine der teuersten städtischen Wohnbaugesellschaften in Deutschland. In so einer Lage sollte doch eigentlich ausgeschlossen sein, dass man die Mieten noch weiter erhöht? Leider wurde bei der Sitzung des Aufsichtsrats der SWSG am 10. Dezember 2021 aber genau das beschlossen: Mieterhöhungen für 13.100 Wohnungen.

Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass weite Teile der Stadtpolitik keinen Bezug zur Lebenslage der Mieter*innen haben. In den Wochen vor der Abstimmung war DIE LINKE in den Stadtteilen unterwegs. Wir informierten über die drohende Erhöhung. SWSG-Mieter*innen berichteten uns von hohen Mieten und dem Problem steigender Nebenkosten. Manche haben Briefe an den Aufsichtsrat geschrieben. Bei Protesten vor dem Rathaus hatten Mieter*innen mehrfach klar gemacht: »Wir zahlen schon genug!«

(weiter auf der Rückseite)

Info-Runde in einer SWSG-Siedlung
DIE LINKE steht als sozialistische Partei an der Seite der Mieterinnen & Mieter.

Wie viel steigt die Miete?

Die Grundmiete soll um bis zu 6%, bzw. bis zu 35 € im Monat steigen. Wie hoch die Mieterhöhung im Einzelnen ausfällt hängt von vielen Faktoren ab. Im Schnitt ist mit Mehrkosten von ca. 26 € pro Monat zu rechnen. Die SWSG spricht von Erhöhungen ab Juli 2022. Die Mieter*innen werden den Brief ca. im April bekommen. Dann haben sie noch zwei Monate Zeit, um die Forderung zu prüfen.

Soziale Komponente?

Angeblich will die SWSG die Mieter*innen nicht zu sehr belasten. Wer nach der Erhöhung trotz Wohngeldantrag mehr als 30% vom Nettoeinkommen für die Kaltmiete ausgibt, kann einen Zuschuss bei der SWSG beantragen. Eher eine Alibimaßnahme, aber wenn möglich, sollten man es nutzen.

Wir unterstützen Sie gerne:

Mehr Infos darüber was bei der Prüfung des Mieterhöhungsschreibens zu beachten ist und zur Beantragung des Mietzuschusses der SWSG finden Sie hier: <https://kurzelinks.de/linke-SWSG>
E-mail: info@die-linke-stuttgart.de
Tel: 0174-5681049 | 0179-2634017.



Mietenkrise ohne Ende? Da hilft nur eins: sich wehren!

Bild oben: 2019 demonstrierten in Stuttgart 4.000 Menschen für bezahlbares Wohnen. Seit 2020 hat die Pandemie die Mietbewegung ausgebremst. Das müssen wir baldmöglichst ändern...

Der Staat hat sich aus der Verantwortung für die Wohnraumversorgung zurückgezogen und den Privaten weitgehend das Feld überlassen. Private investieren in Wohnungen, um aus Geld noch mehr Geld zu machen. Bezahlbare Wohnungen für die breite Bevölkerung sind nicht ihr Ziel.

Der Staat hat mutwillig das meiste von dem über Bord geworfen, was es braucht, um eine bezahlbare Wohnraumversorgung überhaupt leisten zu können. Seit 1990 wurden 2 Millionen ehemals öffentliche Wohnungen privatisiert (z.B. die Eisenbahnerwohnungen in Stuttgart unter der Landesregierung von Grünen/SPD). Die Zahl von Sozialwohnungen hat sich seit 1990 mehr als halbiert. In Stuttgart sank der Bestand von 33.000 auf heute 14.300. Die Spekulation mit Grundstücken treibt die Preise in die Höhe, so dass Neubaumieten unbezahlbar werden.

In der Wohnungspolitik brauchen wir eine Wende um 180 Grad: Öffentlich und gemeinwohlorientiert vor Profit! Den Privaten müssen die Zügel gehörig angezogen werden. Leider sind wir davon weit entfernt: Auch die neue Ampel-Regierung will sich laut ihrem Koalitionsvertrag nicht mit der Immobilienwirtschaft anlegen. Vor Ort sieht's nicht besser aus: Die Stuttgarter Stadtpolitik privatisiert weiter Grundstücke.

(weiter auf der Rückseite)



Trotz allem Ärger sollten wir nicht vergessen: ohne Protest wäre es wohl noch schlimmer gekommen. Man kann den Aussagen des SWSG-Chefs Sidgi im Mai im Gemeinderat entnehmen, dass er gerne monatlich mindestens noch weitere 100.000 € aus der Mieterschaft herausgeholt hätte.

SWSG muss Vorzeigevermieterin werden!
Die SWSG als städtische Wohnungsgesellschaft muss bezahlbare Wohnungen schaffen und die Mietenexplosion dämpfen,

anstatt weiter hohe Gewinne zu machen (2020 waren es 23,4 Millionen). Aus Sicht der LINKEN sollen die Mieten der SWSG sich künftig an den Bau- und Verwaltungskosten orientieren. Investitionskosten für Neubau sollten u.a. über kommunale Zuschüsse finanziert werden, keinesfalls über Mieterhöhungen im Bestand. Wir wollen eine demokratische Verwaltung der SWSG durch die Mieterinnen: Keine Entscheidungen über die Köpfe der Mieter*innen hinweg!

Wie stimmten die Parteien ab?



LINKE unterstützt Initiative der Klinikbelegschaft Für Lohnzulage am Klinikum Stuttgart



16.11.2021: Beschäftigte vom Klinikum Stuttgart überreichen Finanzbürgermeister Fuhrmann 1.400 Unterschriften: Gefordert werden 500 € mehr für die Pflege.

Niemand wird es bestreiten: Was das Personal in Krankenhäusern für uns leistet ist enorm. Leider machen schlechte Arbeitsbedingungen die Menschen, die für unsere Gesundheit schufteten, oft selbst krank: Keine Zeit für Pausen, Überstunden, Einspringen auch an freien Tagen, allein auf Station in der Nachtschicht, immer zu wenig Zeit, um sich ausreichend um die Patient*innen zu kümmern. Klar, Corona hat das alles noch schlimmer gemacht. Aber rosiger war die Lage auch davor nie. Die Finanzierung über Fallpauschalen trimmt Krankenhäuser auf Gewinn. Die Folge: Personalmangel, denn gespart wird am Personal. Da kann man verstehen, dass immer weniger diese Arbeit noch machen wollen. Dazu kommt: die Gehälter sind zu niedrig. Und die hohen Mieten in Stutt-

gart räumen locker ein Drittel vom hart verdienten Lohn ab. Was deshalb nötig ist? Höhere Löhne und mehr Personal! Weg mit den Fallpauschalen und her mit einer bedarfsorientierten Krankenhausfinanzierung!

Schritt 1: Die Löhne hoch!

Um schnell für Verbesserung zu sorgen, haben Beschäftigte am Klinikum Stuttgart und die Gewerkschaft ver.di im November gefordert: dauerhaft 500 € mehr für die Pflege. Im Klinikum wurden 1.800 Unterschriften dafür gesammelt. DIE LINKE, ver.di und die Fraktion Puls brachten den Antrag auf Lohnzulage am 16.11. in den Verwaltungsrat des Klinikums. Pflegekräfte überreichten dem Finanzbürgermeister vor der Sitzung die Unterschriften. Leider haben die anderen Parteien, u.a. die Grünen rumgeeiert. Immerhin, einfach ablehnen konnten sie die berechnete Forderung nicht. Entschieden wird jetzt erst beim nächsten Termin des Verwaltungsrats am 4. Februar. Bis dahin – weiter Druck machen!

Schritt 2: mehr Personal!

Am Klinikum Stuttgart ist es noch nicht ganz so weit. Aber das Krankenhauspersonal in Berlin hat es im Sommer vorgemacht: Dort wurde 30 Tage lang erfolgreich für mehr Personal gestreikt. Da zeigt sich wie viel man erreichen kann!

Nicht mal Mieterhöhungen der stadteigenen SWSG wurden verhindert (vgl. Artikel links). Da sieht man, wie wenig wir von der Politik zu erwarten haben.

Was also tun? Vermutlich gilt die alte Weisheit: Wenn's vorwärtsgehen soll, muss man sich selbst drum kümmern. Sobald Corona es halbwegs zulässt sollten wir an die Mietenproteste anknüpfen, die es auch in Stuttgart 2019 gab (siehe oben). Dass am 26.09. eine Million (57%) Berliner*innen für einen Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnbaukonzerne stimmte, macht Mut. Immer mehr Leute finden, dass der Kapitalismus nicht für bezahlbares Wohnen (und auch sonst nicht viel) taugt. Lassen wir uns nicht lumpen: Setzen auch wir die Ampel und unsere Stuttgarter Stadtoberen ordentlich unter Druck.

Arm trotz Arbeit Skandal: Niedriglöhne



Die Bundesregierung informierte (auf Anfrage der LINKEN im Bundestag), dass im Dezember 2020 eine halbe Millionen Menschen in Deutschland, trotz einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit, Aufstockerleistungen beziehen müssen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Berufsgruppen, die besonders betroffen sind: Verkäufer (36.515 Personen), Altenpflegekräfte (10.862), Paketbotinnen (9.225) sowie 8.249 Krankenpflegekräfte. Armut trotz Arbeit: ein Skandal! Wir brauchen einen armutsfesten Mindestlohn – das müssten inzwischen minimum 13 € pro Stunde sein. Es ist gut und richtig, wenn Beschäftigte für mehr Lohn streiken. In der Weihnachtswoche wird/wurde z.B. beim Online-Versand Amazon für einen Tarifvertrag gestreikt: weiter so!

Impressum: DIE LINKE. Stuttgart
V.i.S.d.P.: Filippo Capezone
Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart
E-mail: info@die-linke-stuttgart.de
Web: www.stuttgart.die-linke-bw.de
Wir freuen uns über jede Anfrage!